

## **A n t r a g**

der Fraktion der AfD

### **EntschlieÙung**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

### **Mit alternativer Politik verantwortungsbewusst aus der Krise! Energiewende 2.0**

#### I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein Fehler und muss rückgängig gemacht werden. Moderne Kernreaktoren sind sicher, zuverlässig und kostengünstig. Selbst die EU stuft die Kernenergie als zukunftsfähigen und umweltfreundlichen Energieträger ein.

Nur mit einem größeren Angebot lassen sich die explodierenden Strompreise bekämpfen.

Seit über 20 Jahren fördert Deutschland Windkraft und Solarenergie und baut sie massiv aus. Das hat unsere gewachsenen rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft erheblich beschädigt und schon vor dem Ukrainekrieg zu den höchsten Strompreisen im internationalen Vergleich geführt.

Gleichzeitig beschloss die Merkel-Regierung im März 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie, später auch den Ausstieg aus der Kohlekraft. Da aber wetterabhängige Energiequellen nicht in der Lage sind, die Versorgungssicherheit eines Industrielandes sicherzustellen, entstand eine Abhängigkeit von russischem Gas. Doch dessen Lieferung bleibt jetzt angesichts des Ukraine Kriegs aus, das Energieangebot sinkt, Strom- und Gaspreise galoppieren davon.

Diese Entwicklung bringt nicht nur unsere Bürger, sondern auch die Wirtschaft in Not. Vor allem die energieintensiven Branchen, die in Rheinland-Pfalz stark vertreten sind, stehen mit dem Rücken zur Wand. Milliarden schwere Hilfspakete bringen kurzfristige Erleichterung, lösen aber das grundsätzliche Problem nicht und verschaffen den Unternehmen keine langfristige Perspektive.

Die noch laufenden Kernkraftwerke müssen daher am Netz bleiben, reaktivierbare Reaktoren sind wieder in Betrieb zu nehmen.

Um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung langfristig zu sichern, ist eine Neuaufstellung im Bereich Kernenergie notwendig.

#### II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Landesregierung soll eine Kernkraftstudie in Auftrag geben, um die Potenziale der Kernkraft für Rheinland-Pfalz zu identifizieren. Dies soll in Hin-

blick auf Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Treibhausgasminderung sowie Bezahlbarkeit von Energie sowie in Hinblick auf die Forschungslandschaft des Landes geschehen.

- Junge Forscher sollen vom Land Stipendien erhalten, um sich an internationalen Forschungsstandorten zu Kernenergieexperten weiterzubilden.

Für die Fraktion:  
Damian Lohr